

Kulturbotschaft des Gemeinderats

Schwerpunkte und Mittelverwendung der städtischen Kulturförderung
2024–2027

Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
	Teilnehmende	3
	Zusammenfassung des Berichts	4
	Die nächsten Schritte	6
2	Rückmeldungen nach Absender*in	7
	Parteien	7
	Finanzierungspartner*innen	9
	Verbände und Vereine von Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen	10
3	Rückmeldung nach Themen	13
	Finanzieller Rahmen	13
	Querschnittsthema und Schwerpunkte	13
	Förderkredite	18
	Orchesterförderung	23
	Leistungsverträge	23
	Neue Produktgruppen	28
	Diverses	30

1 Einleitung

In der Kulturbotschaft legt der Gemeinderat dar, welche Schwerpunkte er in den Jahren 2024–2027 in der Kulturförderung setzen will, welche finanziellen Mittel er dafür zur Verfügung stellen will und wie sie verwendet werden sollen. Die Kulturbotschaft zeigt die geplanten Beiträge an Kulturinstitutionen mit vierjährigem Leistungsvertrag sowie die Budgets der verschiedenen Förderkredite.

Vom 10. Juni bis zum 21. August 2022 konnten Parteien, Verbände, Kulturveranstalter*innen und -institutionen sowie die interessierte Öffentlichkeit Stellung nehmen zum Entwurf der Kulturbotschaft 2024–2027 des Gemeinderates. Der Einladung des Gemeinderates folgten 69 Personen bzw. Organisationen. Die nachfolgende Darstellung der Eingaben erfolgt einerseits nach politischen und kulturellen Institutionen, andererseits nach Sparten und Themen. Eine Stellungnahme wurde nicht berücksichtigt, weil sie sich nicht zur konkreten Kulturbotschaft äusserte. Der vorliegende Bericht bietet eine zusammenfassende Übersicht über die im Rahmen der Vernehmlassung eingegangenen Stellungnahmen.

Teilnehmende

Parteien

Die Mitte, Evangelische Volkspartei (EVP), FDP. Die Liberalen Stadt Bern (FDP) und die Junge FDP (JFDP), Grüne Freie Liste (GFL), Grünes Bündnis Bern (GB), Grünliberale Partei Stadt Bern (GLP), Piratenpartei, Sozialdemokratische Partei Stadt Bern (SP)

Finanzierungspartnerinnen

Bildungs- und Kulturdirektion des Kantons Bern (BKD); Regionalkonferenz Bern-Mittelland, Bereich Kultur (RKBM); Burgergemeinde Bern (BG)

Institutionen mit städtischem Leistungsvertrag

bee-flat, Cinéville/Kino Rex, Dampfzentrale Bern, Kunsthalle Bern, Musikfestival Bern, Robert Walser-Stiftung, Schlachthaus Theater Bern

Institutionen mit gemeinsamem Leistungsvertrag

Bernisches Historisches Museum (BHM), Geschäftsleitung Bühnen Bern, Camerata Bern

Institutionen mit pauschaler Programmförderung bzw. Projektunterstützung

ensemble proton bern (proton), Fabelfabrik, GabrieliChor Bern, Kulturbüro, Les Passions de l'Âme, pakt bern, Spectyou, Theater Szene, Verein Museumsquartier Bern (MQB), Vis-à-vis Kunst Kulturhaus (Vis-à-vis)

Institutionen mit kantonaler, nationaler oder privater Förderung

Alpines Museum der Schweiz (Alps), BeJazz, Museum für Kommunikation (MfK)

Verbände, Vereine, Kollektive

bekult, Bern für den Film, Bernische Kunstgesellschaft (BKG), BETA Verein Berner Tanzschaffende (BETA), Freidenkende Region Bern, Kollektiv Bern (Kollektiv), Les Amis des Passions, Museen Bern, Quartiervertretung Bern 4 (QUAV4), StattLand, t. Theaterschaffen Bern (t. Bern), Visarte Bern

Kirchen

Christkatholische Kirchengemeinde Bern, Herrnhuter Sozietät Bern, Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Katholische Kirche Region Bern

Einzelpersonen

17 Einzelpersonen

Zusammenfassung des Berichts

Allgemein	Im Grundsatz wurde die Kulturbotschaft positiv angenommen und die Neuerungen begrüsst.
Finanzieller Rahmen	Die Kürzung der Mittel von 1,8% wird mit Hinweis auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie von einigen Kulturorganisationen und Parteien kritisch gesehen. Die Verbesserung der sozialen Sicherheit, der nachhaltigen Kulturproduktion und mehr Diversität bedinge eher eine Erhöhung der Fördermittel.
Querschnittsthema und Schwerpunkte	Das Querschnittsthema «Nachhaltigkeit» und die Schwerpunkte «Diversität in der Kulturförderung» und «kulturelle Vielfalt» finden breite Zustimmung. Insbesondere die Stärkung der sozialen Sicherheit wird als wichtige Verbesserung der Kulturförderung angesehen. Ebenfalls zustimmend vermerkt wird, dass die ökologische Nachhaltigkeit thematisiert wird und eine Sensibilisierung von Kulturinstitutionen sowie Kulturschaffenden für ihren ökologischen Fussabdruck geplant sei. Zur wirtschaftlichen Nachhaltigkeit wird die Stossrichtung begrüsst, dass nicht nur Produktionen, sondern auch Prozesse sowie die nachhaltige Verwertung von Produktionen gefördert werden. Weiter wird positiv vermerkt, dass bei der Zusammenstellung der Vergabekommission auf Diversität geachtet wird, die Förderung niederschwelliger ausgestaltet wird.
Projektförderung und Expert*innen-Pool	Die Zusammenlegung der Spartenkredite und der Fachkommissionen zu Gunsten eines Expert*innen-Pools wird von allen Parteien und den meisten Verbänden und Organisationen befürwortet. Den meisten Vernehmlassungsteilnehmenden stellen sich Fragen zur Zusammensetzung und Arbeitsweise dieses Pools. Dazu seien in der Kulturbotschaft zu wenig Informationen zu

finden. Die weitere Ausgestaltung sei im Dialog mit den Kulturschaffenden zu erarbeiten. Zudem gibt es Befürchtungen, dass die Sparten zueinander in Konkurrenz gestellt werden und dass Nischenprojekte oder weniger zugängliche Kunstformen marginalisiert werden könnten. Deshalb wird von einigen Seiten in den ersten Jahren eine statistische Erhebung nach Sparten gewünscht. Klar abgelehnt wird das Vorhaben von den Vertreter*innen der visuellen Künste. Sie weisen darauf hin, dass es der Expertise bedürfe, um diverse Ansätze in einem Fachgebiet beurteilen und fördern zu können, die vorgeschlagene Systemänderung seien nicht zielführend.

Fragen gab es zum «Schwerpunktkredit». Während einzelne Stimmen begrüßen, dass für die Umsetzung der Schwerpunktthemen Mittel zur Verfügung stehen, fragen andere, wer diesen Kredit vergibt und welchem Zweck er diene. Die gleiche Frage stelle sich zum Kredit «Stadtentwicklung durch Kultur».

Orchesterförderung

Die Orchesterförderung wird grundsätzlich begrüsst. Es wird geschätzt, dass die entsprechende Motion aus dem Stadtrat schnell umgesetzt werde. Kritische Stimmen weisen darauf hin, dass für eine umfassende Förderung zu wenig Mittel zur Verfügung stünden. Zudem wird in Frage gestellt, weshalb einige Orchester nach wie vor tripartite Leistungsverträge erhalten.

Leistungsverträge

Bei den Leistungsverträgen gaben insbesondere die vorgesehenen Kürzungen beim Haus der Religionen und der Robert Walser-Stiftung Anlass zu Reaktionen.

Das Haus der Religionen wird als interkultureller Ort geschätzt und dank seiner Arbeit in den Bereichen kulturelle Teilhabe und Diversität als Vorzeigeprojekt mit Ausstrahlung weit über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus beschrieben. Eine Mehrheit der Antworten spricht sich klar gegen eine Kürzung aus.

Die vorgeschlagene Kürzung bei der Robert Walser-Stiftung wird insbesondere mit dem Hinweis abgelehnt, die Stadt habe sich im Rahmen des «Berner Modells» verpflichtet, das Zentrum langfristig zu unterstützen und die einseitige Vorgehensweise entspräche nicht dem partnerschaftlichen Geist der Vereinbarung.

Zu den vorgeschlagenen Kürzungen beim Bernischen Historischen Museum wird festgestellt, dass das Museum wegen des Multiplikatoreffekts überdurchschnittlich von den städtischen Sparmassnahmen betroffen sei.

Einzelne Parteien wollen sich erst in der dafür vorgesehenen Debatte im Stadtrat dazu äussern.

Neue Produktgruppen

Die Mehrheit der Parteien unterstützt grundsätzlich die vorgeschlagene Aufteilung in die drei Produkte Kreative-, Plattform- und Interpretationsförderung. Für einige sind die Einteilungskriterien zu unscharf. Allgemein wird gewünscht, dass sich die Kulturinstitutionen vermehrt Formaten der freien Szene öffnen.

Diverses

Gewünscht werden insbesondere Erläuterungen

- zur Abstimmung mit den anderen Förderstellen, insbesondere im Zusammenhang mit den vorgeschlagenen Schwerpunkten und Förderinstrumenten.
- zum Stellenwert der Kinder- und Jugendkulturförderung
- zur Zwischenbilanz der Kulturstrategie
- zum Museumsquartier

Die nächsten Schritte

Aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen wird die Kulturbotschaft überarbeitet und dem Gemeinderat zur Genehmigung unterbreitet. Dies erfolgt zusammen mit den 24 Vierjahresverträgen und deren Kreditanträgen, die der Gemeinderat zum Teil selbst verabschiedet, zum Teil dem Stadtrat beantragt oder von den Stimmberechtigten genehmigt werden müssen – je nach Höhe der beantragten Subvention. Vorgesehen ist, dass der Gemeinderat das Geschäft noch im Dezember dieses Jahres verabschiedet, dass sich der Stadtrat im Februar 2023 damit befasst und die Volksabstimmung im Juni 2023 erfolgt. Die definitive Kulturbotschaft wird nach Verabschiedung im Gemeinderat, das heisst Anfang Januar 2023 publiziert und anschliessend dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Der Stadtrat entscheidet über die entsprechenden Verpflichtungskredite im Februar 2023. Verpflichtungskredite, die über die vier Jahre mehr als sieben Millionen Franken betragen, kommen vors Volk.

Die Budgets der Förderkredite müssen jährlich im September im Rahmen des ordentlichen Budgetierungsprozesses dem Parlament bzw. jeweils Ende Jahr dem Volk zur Genehmigung vorgelegt werden.

2 Rückmeldungen nach Absender*in

In diesem Kapitel werden die Rückmeldungen von Parteien, Finanzierungspartnerinnen und Zusammenschlüsse von Kulturschaffenden und Institutionen (Verbände, Vereine) zusammengefasst. Rückmeldungen von einzelnen Institutionen oder Einzelpersonen sind bei den Themen aufgenommen

Parteien

- Allgemein** Aus der Politik haben sich acht Parteien an der Vernehmlassung beteiligt. Die Kulturbotschaft wird von den Parteien inhaltlich grundsätzlich positiv aufgenommen. Zum finanziellen Rahmen äussern sich Die Mitte, GFL, GLP und die FDP grundsätzlich positiv, wobei Die Mitte Verschiebungen und die FDP eine moderate Kürzung vorschlägt. SP und GB sprechen sich gegen Kürzungen im Kulturbudget aus, das GB spricht sich für eine Erhöhung aus.
- Die Mitte** Die Mitte ist grundsätzlich einverstanden. Sie befürwortet das Aufheben der Fachkommissionen zu Gunsten einer einzigen Expert*innenkommission sowie die Halbierung der Anzahl Förderkredite und das Zusammenlegen der Fördermittel. Die Reduktion der Mittel um 1.8 % erachtet sie als gerechtfertigt, hat aber bezüglich der Mittelverteilung in einigen Bereichen andere Vorstellungen. Sie spricht sich gegen die Erhöhung der Beiträge an das Tojo Theater und die Grosse Halle aus und möchte den Beitrag an auawirleben sowie den Kredit «Stadtentwicklung für Kultur» kürzen. Mit den so gewonnenen Mitteln und einer kleinen Kürzung der «Projekt- und Programmförderung» sollen die Kürzungen der Beiträge an Bühnen Bern, Haus der Religionen und die Robert Walser-Stiftung rückgängig gemacht werden. Die Gedanken hinter den neuen Produktgruppen werden unterstützt, jedoch werden für eine sich darauf stützende Förderung zusätzlich klare und transparente Kriterien gefordert.
- EVP** Die EVP ist grundsätzlich einverstanden. Sie begrüsst insbesondere den Schwerpunkt «Diversität in der Kulturförderung». Sie möchte keine zu starke Konzentration auf professionelles Kulturschaffen, sondern erachtet die Förderung von Laienkultur als wichtig. Sie begrüsst die Orchesterförderung und spricht sich gegen eine Kürzung des Beitrags an das Haus der Religionen aus. Die EVP versteht nicht, wieso der Kunsthalle Bern eine Erhöhung gewährt wird.
- FDP/JFDP** Die FDP(JFDP) ist grundsätzlich einverstanden. Das Querschnittsthema «Nachhaltigkeit» wird begrüsst, insbesondere die stärkere Beachtung der sozialen Nachhaltigkeit. Auch die beiden Schwerpunkte «Diversität» und «kulturelle Vielfalt» werden grundsätzlich unterstützt. Es gelte aber darauf zu achten, dass Kultursubventionen ein vielfältiges und facettenreiches Kulturangebot ermöglichen und nicht die grossen gesamtgesellschaftlichen

Problemfelder lösen. Die Idee, die bisherigen Fachkommissionen und deren Kredite zu einer neuen, konsolidierten Projekt- und Programmförderung zusammen zu fassen wird begrüsst. Die FDP ist grundsätzlich davon überzeugt, dass die vorgesehenen Mittel ausreichen. Die beiden Kredite «Schwerpunktkredit» und «Stadtentwicklung durch Kultur» lehnt die FDP ab. Die Mittel sollen zur Hälfte in den Kredit «Projekt- und Programmförderung» transferiert und zur Hälfte eingespart werden. Zu den Institutionen äussert sich die FDP erst in der dafür vorgesehenen Debatte im Stadtrat und erwartet, dass dann die nötigen Informationen für eine Abwägung vorliegen.

Bezüglich der neuen Produktgruppen ist es aus Sicht der FDP/JFDP nachvollziehbar, dass neue Wege gesucht werden. Die bisherigen fixen Prozentsätze hätten sich als zu technokratisch und für die Praxis nicht tauglich erwiesen.

GB Das GB ist inhaltlich grundsätzlich einverstanden. Es begrüsst den Fokus auf Nachhaltigkeit und Diversität, die Aufhebung der Spartenkommissionen und das neue Orchesterfördermodell. Die Kredite «Schwerpunktkredit» und «Stadtentwicklung durch Kultur» sollen dem Kredit «Projekt- und Programmförderung» zugeführt werden. Das GB begrüsst die Erhöhung der Beiträge für die unterfinanzierten Häuser und steht der Kürzung beim Haus der Religionen und dem Kino Rex kritisch gegenüber. Die Verbesserung der sozialen Sicherheit, nachhaltiger Kulturproduktion und mehr Diversität bedinge eine massive und nötige Erhöhung der Fördermittel.

Irritierend ist aus Sicht des GB, dass die Kinder- & Jugendkultur nicht Teil der Kulturbotschaft ist. Zudem sei die Einführung der neuen Produktgruppen nicht geeignet, um die zugrundeliegenden kulturpolitischen Probleme zu lösen.

GFL Die GFL ist grundsätzlich einverstanden. Sie begrüsst die Ausrichtung auf eine in mehrfachem Sinne nachhaltige Kulturförderung, den Fokus auf die soziale Sicherheit und branchenübliche Honorare, die Förderung von kreativen Prozessen, den Schwerpunkt Diversität, die Reduktion der Förderkredite bei gleichbleibenden Mitteln und die Zusammenlegung der bisherigen Spartenkredite zu einem Kreditpool. Sie erachtet die 33'000'000 Franken an direkter Kulturförderung als unterstützungswürdig und wird sich gegen die vorgesehene Kürzung nicht zur Wehr setzen. Fragen ergeben sich bei den Kürzungen beim Bernischen Historischen Museum und bei Bühnen Bern. Beim Bernischen Historischen Museum wird insbesondere die Begründung der Kürzung wegen Sanierungsmassnahmen abgelehnt und eine Erläuterung gewünscht, was die Zusatzvereinbarung beinhaltet. Bei Bühnen Bern soll sichergestellt werden, dass die Kürzungen nicht zu Lasten der Bühnenkünstler*innen erfolgen.

Die GFL unterstützt den Ansatz der neuen Produktgruppen und das Wagnis, Kulturförderung neu zu denken. Sie wird das Projekt wohlwollend und gleichzeitig kritisch begleiten. Wichtig bei dieser Neuausrichtung sei maximale Transparenz.

GLP Die GLP ist grundsätzlich einverstanden. Sie begrüsst, dass der Gemeinderat die Kulturförderung sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltiger gestalten will. Sie ist mit den Schwerpunkten «Diversität in der Kulturförderung» und

«Kulturelle Vielfalt» einverstanden und begrüsst, dass mit dem «Schwerpunkt-kredit» für die Umsetzung der Schwerpunktthemen Mittel zur Verfügung stehen. Die GLP sieht einen grossen Mehrwert in der Zusammenlegung der Spartenkommissionen und der entsprechenden Kredite. Sie freut sich über die schnelle Umsetzung der Orchesterförderung. Zu den Beiträgen an die Kulturinstitutionen will sich die GLP erst äussern, wenn die Leistungsvertragsverhandlungen abgeschlossen und die Geschäfte im Stadtrat traktandiert sind. Die neuen Produktgruppen erachtet die GLP als Chance, ein effizienteres Steuerungsinstrument für die Mittel im Kulturbereich einzuführen. Letztendlich wünscht sich die GLP innerhalb der bestehenden Mittel eine Förderung von Bars und Clubs mit Kulturprogramm.

Piraten-
partei

Die Piratenpartei spricht sich dafür aus, den Beitrag ans Haus der Religionen komplett zu streichen.

SP

Die SP ist inhaltlich grundsätzlich einverstanden. Sie unterstützt das gewählte Querschnittsthema und die Schwerpunkte, ebenso die Zusammenlegung der Spartenkredite, die Neuschaffung des Projekt- und Programmförderungskredits und die Neuorganisation der Orchesterförderung. Sie sieht die Kürzung der Kulturgelder kritisch und spricht sich insbesondere gegen eine Kürzung der Beiträge an das Haus der Religionen und die Robert Walser-Stiftung aus. Die neuen Produktgruppen vermögen gemäss SP eine teilweise differenziertere Abbildung der Mittelverwendung zu ermöglichen. Doch müsste die Neuaufteilung auch mit konkreten Massnahmen begleitet werden.

Finanzierungspartner*innen

Bildungs-
und Kul-
turdirektion
des Kan-
tons Bern
BKD

Die BKD begrüsst die Stossrichtung der Kulturbotschaft und erkennt im vorgeesehenen Querschnittsthema Nachhaltigkeit, in den verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten sowie in der sinnvollen Reduktion und Neustrukturierung der Förderkredite wirkungsvolle Handlungsfelder zugunsten der Kulturschaffenden und Kulturunternehmen in der Stadt Bern. Insbesondere begrüsst die BKD die Bestrebungen der Stadt Bern, im Rahmen ihrer Fördertätigkeit mit entsprechenden Vorgaben auf eine Verbesserung der sozialen Sicherheit hinzuwirken. Eine Kürzung des Beitrags an das Robert Walser-Zentrum müsste aus Sicht der BKD unter den Partner*innen des «Berner Modells» und mit der Trägerschaft sorgfältig abgesprochen sein.

Die BKD ist etwas erstaunt, dass das ambitionierte und wichtige Projekt Museumsquartier in der Kulturbotschaft keine Erwähnung findet.

Burgerge-
meinde
Bern

Die Burgergemeinde agiert autonom. Berührungspunkte im Kulturbereich bestehen mit dem Bernischen Historischen Museum und mit dem Museumsquartier Bern. Die Burgergemeinde begrüsst die Nachhaltigkeitsziele in der Kulturförderung in der Vernehmlassungsvorlage.

Die Kürzung des jährlichen Beitrags an die Robert Walser-Stiftung ist aus Sicht der Burgergemeinde nicht angebracht. Sie möchte beliebt machen, dass

der bisherige Beitrag nicht verändert wird. Die Burgergemeinde stellt zudem fest, dass das auch von Kanton und Burgergemeinde getragene Bernische Historische Museum wegen des Multiplikatoreffekts überdurchschnittlich von den städtischen Sparmassnahmen betroffen ist. Mit Erstaunen nimmt die Burgergemeinde zur Kenntnis, dass das Museumsquartier in der Kulturbotschaft keine Erwähnung findet.

Regional- Die Kommission Kultur der RKBM ist mit den beantragten Betriebsbeiträgen der tri- resp. quadripartit finanzierten Kulturinstitutionen von mindestens regionaler Bedeutung einverstanden. Da die restlichen Punkte der städtischen Kulturbotschaft nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommission Kultur RKBM fallen, äussert sich die Kommission nicht dazu.

Verbände und Vereine von Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen

bekult bekult hält fest, dass die formulierten Ansprüche in der Kulturbotschaft gerechtfertigt sind. Allerdings befürchtet der Verband, dass der Fokus auf die Kunst geringer und der künstlerische Freiraum tendenziell kleiner zu werden droht. Dieser Gefahr werde in der Kulturbotschaft nicht aktiv begegnet.

bekult vermisst eine Zwischenbilanz der städtischen Kulturstrategie 2017-2028. Die neuen Grundsätze und Themen der künftigen Förderung lassen für bekult viele Fragen offen und bedürfen dringend der Konkretisierung. So wird die Arbeitsweise der neuen Kommission nicht näher ausgeführt und es bleibt offen, nach welchen Kriterien Gesuche beurteilt werden.

bekult bemängelt, dass Erhöhungen und Kürzungen bei den Leistungsbeiträgen willkürlich, die Begründungen der jeweiligen Erhöhungen oder Kürzungen konstruiert und gesucht wirken. bekult stellt deshalb die Frage, ob die vom Stadtrat vorgegebene Kürzung des Kulturkredits um 605'000 Franken nicht besser zu gleichen Teilen auf alle Beitragsempfänger*innen hätte verteilt werden müssen. Oder, ob auf die Kürzung diesmal nicht generell verzichtet werden müsste.

In der Botschaft vermisst wird die Erwähnung des Museumsquartiers.

Bern für den Bern für den Film begrüsst, dass die Stadt Bern die Kinemathek/Lichtspiel und das Kino Rex weiterhin mit einem vierjährigen Leistungsvertrag unterstützen will. Bern für den Film findet es problematisch, dass die Gelder für die Kultur gekürzt werden sollen, weil sich die Kulturszene vom eklatanten Einschnitt durch die Covid-Pandemie noch nicht erholt hat. Der Verein lehnt deshalb die Kürzung der Kulturgelder ab und bedauert vor allem die Kürzung beim Kino Rex.

BETA BETA begrüsst das gesetzte Querschnittsthema «Nachhaltigkeit» sowie die Schwerpunkte «Diversität» und «kulturelle Vielfalt». Die Aufhebung starrer Sparten- und Kommissionsraster empfindet BETA als zeitgemäss und daher grundsätzlich in ihrem Sinne. BETA macht aber gleichzeitig auf gewisse Gefahren aufmerksam: Bei der Zusammenlegung von Fachwissen droht der

Verlust einer breit abgestützten Expertise, welche für die Beurteilung von diverser und vielfältiger Kunst- und Kulturproduktion unabdingbar ist. BETA ist der Meinung, dass das bestehende Fachwissen der Kommissionen nicht nur erhalten, sondern unbedingt ausgebaut werden muss. Zudem befürchtet BETA, dass mit der gemeinsamen Beurteilung aller kulturellen Projekte die einzelnen Fördereingaben in grössere Konkurrenz zueinander treten und damit Nischenprojekte oder weniger zugängliche Kunstformen, wie etwa auch der Tanz, noch mehr marginalisiert werden, als dies heute schon der Fall ist. BETA bedauert die Reduktion der Mittel für die städtische Kulturförderung um 1.8%.

Kollektiv
Bern
Visarte Bern
BKG

Der Antwort des Kollektivs haben sich visarte Bern und die Bernische Kunst Gesellschaft angeschlossen. Das Kollektiv unterstützt eine Verbesserung der sozialen Sicherheit der Kulturschaffenden. Der Ruf nach Nachhaltigkeit in der Kulturförderung sei nachvollziehbar und berechtigt. Nach Ansicht des Kollektivs sind die angestrebten Massnahmen jedoch zweischneidig und könnten eine gegenteilige Folge haben. Entsprechende Bestrebungen führen zu einer Konzentration der Mittel, dazu fehle eine transparente Darstellung dieser weitreichenden Auswirkungen. Es würde nicht weniger Kultur produziert, sondern mehr Projekte unter prekärsten, selbstausbeuterischen Bedingungen realisiert werden, was nicht im Sinne der angestrebten sozialen Nachhaltigkeit sein könne.

Die Zusammenlegung der Förderkredite und Aufhebung der einzelnen Sparten und deren Kommissionen in eine grosse Kommission erachtet das Kollektiv als nicht zielführend und widersprüchlich zu der Forderung nach Diversität. Stattdessen solle ein Förderpool für interdisziplinäre Projekte eingerichtet werden. Ein Zusammenschluss unter einem Förderkredit bedeute, dass nicht vergleichbare Projekte in Entscheidungsprozessen miteinander in Konkurrenz stehen werden. Nicht nur der strukturelle Unterschied, sondern auch der kunstspezifische mache eine Beurteilung schwierig. Das Kollektiv betont, dass es Expertise bedarf, um diverse Ansätze in einem Fachgebiet beurteilen und fördern zu können. Es bedarf einer Kenntnis von künstlerischen Traditionen und der lokalen Kulturlandschaft, um mit diesen kritisch umzugehen. Das Kollektiv fordert, dass die offenen Punkte in Ruhe mit den Betroffenen gemeinsam diskutiert und ausarbeitet und die Praxisänderung, wenn von allen gewünscht, auf die Kulturbotschaft 2028-2031 verlegt werde.

Verein Museen Bern
VMB

Der Verein Museen Bern begrüsst die Stossrichtung der Kulturbotschaft und bemerkt, dass sich die Ausrichtung auf Nachhaltigkeit und kulturelle Vielfalt/Diversität mit den strategischen Zielen der meisten Museen deckt. Der VMB hofft, dass die Stadt einen nachhaltigen Wandel unterstützen will und keine Hauruck-Übung für die kommende Förderperiode plant, da der Umbau vielfältiger Strukturen und Angebote Zeit braucht und Platz für Lernerfahrungen benötigt. Zum Kredit «Programm- und Projektförderung» bemerkt der VMB, dass in der Umsetzung vieles noch unklar sei. Er geht davon aus, dass Museen ohne Leistungsvereinbarungen zukünftig projektbezogen unterstützt werden können. Deshalb sei in die zukünftige Kommission auch Museumsfachwissen einzubinden. Der VMB ersucht die Stadt Bern dringend, die teils

einschneidenden Kürzungen beim Einsteinhaus, dem Haus der Religionen, dem Robert Walser-Zentrum und dem Bernischen Historischen Museum zurückzunehmen. Der VMB vermisst, dass in der Kulturbotschaft keine Zwischenbilanz der bisherigen Umsetzung der Kulturstrategie gezogen wird. Ausserdem vermisst der VMB eine Schwerpunktsetzung Museen in der Kulturbotschaft, da hier grosse Projekte anstehen (Kunstmuseum, Museumsquartier, Sanierung Bernisches Historisches Museum, Neubau Alps). Dies müsse als prioritäres Entwicklungsziel für die Stadtkultur und die Kulturförderung festgehalten werden.

Verein Museumsquartier Bern

Der MQB erachtet die Stossrichtung bei der Kulturförderung, unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit nicht nur Produktionen, sondern auch Prozesse zu fördern als sinnvoll und positiv. Er begrüsst, dass die Stadt sich vom engen Sparten- und Gartendenken befreien will und wünscht sich, dass im neuen Expert*innen-Pool zusätzlich die museologische Expertise inkludiert ist und spezifisches Knowhow der bisherigen Sparten beibehalten wird. Er weist darauf hin, dass Profile und Kriterien bereits in der Kulturbotschaft offengelegt werden müssten. Der Verein erachtet es als wichtig, dass Museen, die keine wiederkehrenden Beiträge erhalten, Projektkredite beantragen können. Der Verein stellt sich gegen die Kürzungen beim Einsteinhaus und beim Bernischen Historischen Museum. Weiter spricht sich der Verein dafür aus, in der Kulturbotschaft als ein «kulturpolitischer Schwerpunkt» genannt zu werden und wünscht Klarheit darüber, mit welchem Förderkredit die Stadt den MQB als ganzheitliches Konstrukt fördern wird. Zu den neuen Produktgruppen bemerkt der Verein, dass Museen auch beim Produkt Kreation Eingang finden sollen, da bei der Museumsarbeit oft neue kulturelle Formate erschaffen werden.

t. Bern

t. Bern steht der Kulturbotschaft des Gemeinderats positiv gegenüber. Jedoch sind viele Absichten und Änderungen vage formuliert und werden erst in der Umsetzung zeigen, ob sich ein Mehrwert für die Entwicklung der Berner Kultur ergibt. Im Sinne der sozialen Nachhaltigkeit begrüsst t. Bern, dass die Stadt auch ein Augenmerk auf die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden legt und Sozialabgaben einfordert. t. Bern begrüsst die Aufhebung der Spartenkredite und sieht darin eine Anpassung an die Realität in der (Theater)-Kreation. Bei der Zusammensetzung der Expert*innen-Pools wünscht sich t. Bern eine hohe Sensibilität und Qualität (Fachwissen). Der Kredit «Infrastrukturen» wird von t. Bern begrüsst, da er Unterstützungen für initiative Netzwerke und eine Veranstaltungsagenda ermöglicht. Die Kürzung bei der Dampfzentrale wird kritisch gesehen, nach der Kürzung der 80'000 Franken aus der Bundesmillion. Die neuen Produktgruppen erscheinen sehr abstrakt und bürokratisch – gleichzeitig sieht t. Bern auch die Möglichkeit, ein besseres Abbild der Realität zu schaffen. Zudem könnten so auch Grabenkämpfe abnehmen.

3 Rückmeldung nach Themen

Finanzieller Rahmen

- Zustimmung** Die Mitte, FDP, GFL und GLP erachten die vorgesehenen Mittel aus grundsätzlich ausreichend und die moderate Kürzung von 1,8 % gegenüber der Vorperiode als vertretbar. Die Mitte würde die Mittel etwas anders verteilen und die FDP macht konkrete Vorschläge für weitere moderate Kürzungen.
- Vorbehalt / Ablehnung** Die SP sieht die Kürzung der Kulturgelder kritisch. Das Grüne Bündnis spricht sich grundsätzlich gegen Kürzungen im Kulturbereich aus. SP, GB, Bern für den Film, bekult, BETA, Cinéville, Fabelfabrik, pakt und proton und drei Einzelpersonen verweisen auf die einschneidenden Auswirkungen der Coronapandemie auf die Kulturbranche und der damit zu erwartenden Erholungsphase von 3-4 Jahren. Sie bedauern die Kürzung der Kulturgelder und plädieren mindestens für den Status Quo des Kulturbudgets. SP, GB und Kollektiv weisen zudem darauf hin, dass die Verbesserung der sozialen Sicherheit, nachhaltiger Kulturproduktion und mehr Diversität eine Erhöhung der Fördermittel bedinge. Nur so könnte ein Zeichen gesetzt werden für Kontinuität und die Erreichung der Ziele des Querschnittsbereichs. Die Dampfzentrale schreibt, dass die Bundesstadt Bern das vielfältige und qualitativ hochstehende kulturelle Angebot nicht angemessen honoriere. Sowohl für den Nachhaltigkeits-, als auch für den Diversitätsanspruch würden keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Der Gemeinderat schiebe die Investitionsrisiken damit auf die Kulturschaffenden ab.

Querschnittsthema und Schwerpunkte

- Allgemeine Zustimmung** Das Querschnittsthema «Nachhaltigkeit» und die Schwerpunkte «Diversität in der Kulturförderung» und «kulturelle Vielfalt» werden durchwegs positiv aufgenommen. Sie werden von allen Parteien, der Bildungs- und Kulturdirektion Kanton Bern, der Burgergemeinde Bern sowie vom Alpinen Museum Schweiz, bekult, Bern für den Film, Bernisches Historisches Museum, BETA, Christkatholische Kirchgemeinde Bern, Cinéville, Dampfzentrale, fabelfabrik, Gabrielichor, Geschäftsleitung Bühnen Bern, Kollektiv, Kunsthalle, Museen Bern, Musikfestival Bern, pakt, Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Spectyou, StattLand, t.bern, Theater Szene, Schlachthaus theater, visarte, vis-à-vis, und vier Einzelpersonen begrüsst.
- Allgemein wird positiv bewertet, dass der Gemeinderat auf die Herausforderungen und Entwicklungen in der Gesellschaft reagieren und Kultur für die ganze Gesellschaft fördern will.

Wandel nachhaltig unterstützen	Museen Bern betont, dass es wichtig sei, dass die Stadt einen nachhaltigen Wandel unterstützen wolle und keine Hauruck-Übung für die kommende Förderperiode plane.
Konfliktpotenzial	Die SP weist darauf hin, dass die inhaltlichen Teile der Kulturbotschaft Elemente enthalten, welche grundlegende Änderungen – und auch Reduktionen – in der Kulturförderung zur Folge haben. Deren Konfliktpotenzial werde kaum thematisiert, ein konkreter Massnahmen- und Prioritätenkatalog fehle oder falle sehr spärlich aus, was die SP an der Durchsetzung der Zielsetzungen zweifeln lässt.
Kunstfreiheit	bekult, FDP, Kollektiv, pakt und eine Einzelperson befürchten, dass mit den angestrebten Schwerpunkten der Fokus auf die Kunst unter die Räder kommt. Kunst müsse frei bleiben von politischen Programmen und dürfe nicht unter zensorischen Druck geraten. Künstlerische Nachhaltigkeit sei in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema.
Ausschreibungen	Visarte regt an, gewünschte Schwerpunktthemen vom Gemeinderat mit zusätzlichen Pools und Ausschreibungen umzusetzen. Damit sei gewährleistet, dass die Kulturschaffenden ihre künstlerische Ausrichtung frei wählen können.

Soziale Nachhaltigkeit

Allgemeine Zustimmung	<p>Beta, BKD, Burgergemeinde, Cinéville, Dampfzentrale, FDP, GB, GFL, GLP, Kollektiv, Musikfestival Bern, Schlachthaus, SP, t.Bern, visarte und zwei Einzelpersonen begrüßen die Bestrebungen der Stadt Bern, im Rahmen ihrer Fördertätigkeit mit entsprechenden Vorgaben auf eine Verbesserung der sozialen Sicherheit hinzuwirken. Dass die soziale Nachhaltigkeit auch für die Vorbereitungs- und Backstage-Arbeitenden betont wird, erachten viele als Aufwertung für diese wichtigen Tätigkeiten.</p> <p>Allgemein wird darauf hingewiesen, dass die Dringlichkeit des Themas, während der Covid-Pandemie deutlich sichtbar wurde. Deshalb wird die Vorgabe, dass in Projekten Honorare und Sozialabgaben enthalten sein müssen als wichtige Verbesserung gesehen.</p> <p>t.Bern fordert in diesem Punkt Transparenz von allen Playern. Dazu gehöre auch die Lohntransparenz bei Bühnen Bern. Die Stadt sei hier in der Pflicht, diese Transparenz einzufordern.</p> <p>FDP, GFL und GLP sind sich bewusst, dass dadurch weniger Projekte gefördert werden können, diese aber dafür sozial nachhaltiger.</p>
Vorbehalt gleichbleibende Mittel	<p>Die SP stellt in Frage, ob Vorbereitungs- und Backstage-Arbeiten tatsächlich mit branchenüblichen Honoraren und Sozialversicherungsbeiträgen in Projektbudgets ausgewiesen werden, wenn der heute schon umstrittene Fördertopf über gleichbleibende Mittel verfügt.</p> <p>Dem Kollektiv fehlt in der Kulturbotschaft die transparente Darstellung dieser weitreichenden Auswirkungen. Es weist darauf hin, dass mit dieser Leuchtturm-Strategie nebst einigen Gewinner*innen auch viele Verlierer*innen</p>

produziert werden, insbesondere weil der städtischen Projektförderung eine weitreichende Gatekeeper-Funktion zukomme: Wer keine Förderung von der Stadt erhalte, werde mit grosser Wahrscheinlichkeit auch keine von Kanton und von Stiftungen erhalten. Deswegen werde aber nicht weniger Kultur produziert, sondern noch viel mehr Projekte unter prekärsten, selbstausbeuterischsten Bedingungen realisiert.

Die Dampfzentrale und das Schlachthaus weisen darauf hin, dass es eine angemessene Ausstattung mit Mitteln brauche, um Arbeitsplätze für Kunstschaffende hinter und auf der Bühne sozial und wirtschaftlich nachhaltig zu gestalten. Dass sowohl Künstler*innen als auch Betriebsmitarbeiter*innen zu branchenüblichen Löhnen bezahlt werden können, sei nur bei den grössten und vollfinanzierten Institutionen in Bern möglich.

Professionalitätsdruck Das Schlachthaus fragt, wie verhindert werde, dass durch den gut gemeinten Passus kein Professionalisierungsdruck entstehe. Es weist darauf hin, dass bei neuen oder neueren Initiativen in der Kultur immer ein grosser Teil Ehrenamtlichkeit notwendig sei. Innovation entstehe oft nicht in der Vollfinanzierung, sondern im Prekariat.

bekult weist darauf hin, dass sich diese Vorgabe auf die Vielfalt und Kleinteiligkeit der Berner Kulturszene auswirken werde.

Kontrolle Das Schlachthaus möchte wissen, welche Richtgagen für Musiker*innen und Selbständige gelten. Es fragt, wer zum Beispiel branchenübliche Löhne von Musikgruppen definiere und wie das kontrolliert werde?

Zwei Einzelpersonen setzten ein Fragezeichen zur Transparenz der Gagen, da ihnen Richtgagen lediglich im Theater- und Tanzbereich bekannt seien.

Die FDP erwartet, dass die Sozialversicherungsbeiträge nicht nur budgetiert, sondern auch effektiv bezahlt werden und ein entsprechend angemessener Kontrollprozess und Sanktionen eingeführt werden.

Ökologische Nachhaltigkeit

Allgemeine Zustimmung bee-flat, BKD, Burgergemeinde, Cinéville, FDP, GB, GFL, GLP, Musikfestival Bern und die SP begrüssen, dass die ökologische Nachhaltigkeit in der Kulturförderung thematisiert wird. Mit Blick auf den Klimawandel sei es unabdingbar, dass sich auch Kulturinstitutionen und Projekte vermehrt Gedanken zur ökologischen Nachhaltigkeit machen. Dazu brauche es eine Sensibilisierung der Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden bezüglich ihres ökologischen Fussabdrucks.

Vorbehalt gleichlebende Mittel Das GB bemerkt, dass es gute Ideen und Geld zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen braucht. Gerade in Bezug auf die ökologische Nachhaltigkeit sei die Kulturbotschaft noch wenig konkret.

bee-flat bemerkt, dass Massnahmen wie bspw. Reisekostenbeteiligung bei der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln oder Mithilfe bei einer nachhaltigen Tourgestaltung Ressourcen benötigen und fragt, ob die Kulturförderung

bereit sei, diese zusätzlich anfallenden Kosten zu übernehmen und innovative Ideen wie ein Kultur GA für Künstler*innen und Institutionen zu fördern oder politisch zu unterstützen.

Gebäude in städtischem Besitz Die Dampfzentrale merkt an, dass die Stadt Bern als Besitzerin des Gebäudes in der ökologischen Verantwortung stehe. Eine Vierjahresperiode schein aber für die Umsetzung dieser grundlegenden Anliegen nicht ausreichend.

Wirtschaftliche Nachhaltigkeit

Förderung von Prozessen BHM, Cinéville, GFL, MQB, Musikfestival Bern und die Kunsthalle Bern begrüßen die Stossrichtung, bei der Kulturförderung nicht nur Produktionen, sondern auch die kreativen Prozesse zu fördern. Die GLP geht mit dem Gemeinderat einig, dass dies zu einer Verbesserung der Qualität der Projekte führt. Zwei Einzelpersonen weisen darauf hin, dass ein Paradigmenwechsel von der produktions- hin zu prozessorientierter Förderlogik für alle Beteiligten mit hohem Aufwand verbunden ist.

Nachhaltige Verwertung von Produktionen Das BHM und GLP begrüßen die Absicht, eine nachhaltige Verwertung von Produktionen verstärkt zu fördern.

Unterstützung von Beratung GFL und das Kulturbüro bemerken, dass für die Stärkung der sozialen Sicherheit oftmals eine professionelle Unterstützung notwendig sei. Visarte und zwei Einzelpersonen betonen, dass die Unterstützung von Wissenstransfer und Netzwerken in den Bereichen Budgetierung, Finanzierung, Fundraising, Administration, Buchhaltung, Sozialleistungen, rechtlichen Fragen und Medienarbeit sehr zu begrüßen sei. Das Kulturbüro begrüsst, dass der Gemeinderat durch die Bündelung von Ressourcen die wirtschaftliche Tragfähigkeit stärkt.

Effizienter und effektiver Einsatz der Mittel FDP und GLP vermissen beim Aspekt der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit eine klare Aussage, dass auch in der Kultur die vorhandenen Gelder möglichst effizient und effektiv eingesetzt werden sollen. Auch wenn öffentlich unterstützte Angebote sich nicht vollends auf dem Markt finanzieren lassen könnten, ja gerade nicht sollten, dürften sie an diesem auch nicht komplett vorbei agieren.

Diversität in der Kulturförderung

Diverse Zusammensetzung Kommissionen Die GFL begrüsst es, dass bei der Zusammenstellung einer Vergabekommission auf Diversität geachtet wird. Sie sieht dies als Selbstverständlichkeit, weist jedoch darauf hin, dass die Kulturbotschaft offenlasse, was das genau bedeute.

Das Kollektiv sieht die Aufhebung der spartenspezifischen Kulturförderung nicht als zielführend, um Diversität zu fördern. Es bedürfe Expertise, um diverse Ansätze in einem Fachgebiet beurteilen und fördern zu können.

Zusätzlich brauche es auch Expert*innen mit einem Augenmerk auf Diskriminierungsproblematiken und Diversitätsförderung.

Vereinfachte Eingabemöglichkeiten

BHM, EVP, GB, GFL, Schlachthaus und t. Bern begrüssen das Anliegen, die Förderung zugänglicher und niederschwelliger zu gestalten und dass neue Eingabemöglichkeiten für Gesuche geprüft werden. Die GFL betont, dass die verschiedenen Eingabemöglichkeiten gleichwertig behandelt und beurteilt werden müssen. Das GB weist darauf hin, dass dazu auch gehöre, die Informationen in verschiedenen Sprachen und barrierefrei zur Verfügung zu stellen und Unterstützung im Eingabeprozess anzubieten.

Eine Einzelperson kann sich vorstellen, dass sich auf Grund der skizzierten Massnahmen tatsächlich interessante Künstler*innen ansprechen lassen, die sonst keine Gesuche einreichen.

Kulturelle Vielfalt

Allgemeine Bemerkungen

Für die GLP heisst Kulturförderung auch, Kultur möglichst vielen Menschen in der Stadt Bern niederschwellig und divers zugänglich zu machen. Sie versteht unter kultureller Vielfalt nicht ein möglichst breit gefördertes Programm, sondern ein qualitativ hochwertiges mit möglichst viel Wirkung.

Das Vis-à-vis begrüsst ausdrücklich die Ausrichtung der Kulturförderung auf die gesellschaftliche Realität der Vielfalt, an der sich auch die geförderten Projekte, Programme und Institutionen orientieren sollten.

Die Dampfzentrale teilt das Anliegen des Gemeinderats, dass geförderte Kultur einem inklusiven Prinzip verpflichtet ist. Sie teilt den Anspruch der Stadt, dass sich ein vielfältiges und attraktives Kulturangebot an alle Bewohner*innen der Stadt richten soll. Das heisse aber nicht, dass alle Bewohner*innen sich für alle geförderten kulturellen Angebote interessieren müssen.

Die Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn begrüsst den weit gewählten Kulturbegriff, welcher Raum für Partizipation in einer multikulturellen Gesellschaft für verschiedenste - auch religiös geprägte Akteur*innen – biete.

Die SP fragt sich, ob kulturelle Vielfalt wirklich gefördert werden könne, wenn weniger Projekte Unterstützung erhalten.

Die FDP stellt nicht in Frage, dass gesamtgesellschaftlich relevante Aspekte auch einen Einfluss auf die Kulturpolitik haben müssen. Es sollte aber auch weiterhin primär nach kulturpolitischen Aspekten bewertet werden, ob und wenn ja in welchem Umfang ein Projekt unterstützt wird.

Kinder- und Jugendkultur

Theater Szene wünscht sich von der Kulturförderung, dass der kulturellen Vielfalt Rechnung getragen wird und insbesondere Kultur für Kinder stark gewichtet wird.

Stärkung der Vielfalt

GLP, StattLand und eine Einzelperson begrüssen, dass der Gemeinderat in Hinblick auf kulturelle Teilhabe weitere Anstrengungen unternehmen will.

Die GLP und eine Einzelperson begrüßen, dass im Sinne einer konsistenten Politik auch Gelder für die Umsetzung der Schwerpunktthemen zur Verfügung stehen. Eine Einzelperson hat allerdings angesichts des vorgesehenen Budgets Zweifel an der Machbarkeit eines solchen wichtigen Unternehmens. Statt- Land vermisst eine Aussage zu konkreten Aktivitäten und geplanten Massnahmen seitens der Stadt Bern.

Diversität in Institutionen Eine Einzelperson sieht die Gefahr darin, dass die nötige Diversität von Mitarbeitenden, Künstler*innen und Publikum mangels Ausbildung und Erfahrung der Verantwortlichen nicht geschaffen werden kann. Diese wäre aber der zwingend notwendige erste Schritt, um kulturelle Teilhabe überhaupt anzugehen. Die Kulturförderung müsse sehr viel konkretere Forderungen an die Leitungsteams stellen.

Für die FDP gilt es darauf zu achten, dass die subventionierten Kulturhäuser nicht ständig neue «Rechenschaftsberichte» erstellen müssen, welche deren administrative Aufwände vergrössern.

Förderkredite

Projekt- und Programmförderung

Zustimmung Alps, bee-flat, BETA, BHM, BKD, Christkatholische Kirchgemeinde Bern, fabelfabrik, FDP, GB, GFL, GLP, Mitte, MfK, pakt, SP, t. Bern, Theater Szene und Vis-à-vis befürworten das Aufheben der Fachkommissionen zu Gunsten eines Expert*innenpools, die Zusammenlegung der Spartenkredite und die Neuschaffung des Projekt- und Programmförderungskredits.

Positiv wird hervorgehoben, dass die Aufhebung der Spartenkommissionen einem zeitgemässen, interdisziplinären, breiten und demokratischen Kunstbegriff entspricht und die Förderung von spartenübergreifenden Projekten sowie die Förderung von neuen Kultursparten ermöglicht. Geschätzt wird von mehreren Seiten, dass Projekte neu gebündelt bei einer Kommission eingereicht, die Prozesse für die Kulturschaffenden vereinfacht und die Hürden für die Einreichung eines Gesuches gesenkt werden. Eine Reduktion der vielen Förderinstrumente führe zu mehr Übersichtlichkeit.

t. Bern präzisiert in diesem Zusammenhang, dass sie die neue Förderstruktur nicht als Zwang zum spartenübergreifenden Schaffen, sondern als Vereinfachung für die Kulturproduzierenden bei der Gesuchseingabe verstehen.

Das GB schreibt, dass die Aufhebung der verschiedenen Fördergremien zu einer Demokratisierung der Förderpraxis führen kann. pakt bern hofft auf eine gesellschaftlichere Diskussion um Kunst und Kulturförderung.

Zusammensetzung Allen Vernehmlassungsteilnehmenden stellten sich Fragen zur Zusammensetzung des Expert*innen-Pools. BETA, BeJazz, Cinéville, FDP, GFL, Mitte, MQB, proton, Schlachthaus Theater, t. Bern, Theater Szene, und eine Einzelperson halten fest, dass noch im Detail definiert und festgehalten werden

müsse, wie gross dieser Pool sei, nach welchen Kriterien die Expert*innen ausgewählt und wie sie dann eingesetzt werden sollen.

Viele Stimmen halten fest, dass weiterhin ein Augenmerk auf die Eigenheiten und Spezialitäten der einzelnen Kunstsparten gelegt und diese berücksichtigt werden müssen. BETA befürchtet, dass bei der Zusammenlegung von Fachwissen der Verlust einer breit abgestützten Expertise droht, welche für die Beurteilung von diverser und vielfältiger Kunst- und Kulturproduktion unabdingbar ist.

t. Bern wünscht sich bei der Zusammensetzung des Expert*innen-Pools eine hohe Sensibilität und Qualität (Fachwissen). BETA möchte das Fachwissen nicht nur erhalten, sondern unbedingt ausbauen. Alps, MfK, Museen Bern und MQB bemerken, dass es im neuen Gremium auch Museumsfachwissen brauche und Museumsknowhow in der Zusammensetzung der Fördergremien und -methoden einzubeziehen sei. Cinéville schreibt, dass die Voraussetzung für die neue Förderung und ihre Wirksamkeit kompetente und offene Expert*innen seien, die in der Lage sind, auch zu einem spartenfremden Gesuch eine Haltung zu entwickeln.

Fabelfabrik und GLP begrüßen, dass zusätzliche Expertise aus bisher nicht abgedeckten Bereichen (u. a. Digitalität, Philosophie oder Games) einbezogen wird. t. Bern sieht in fachfremden Expert*innen kein Problem, Im Gegenteil ermöglichen diese eine frische Sicht und mehrperspektivische Diskussionen und sprengen das - manchmal unterstellte - festgefahrene Fach-Kommissionsdenken.

Arbeitsweise der Kommission

Vielen Vernehmlassungsteilnehmenden stellen sich Fragen zur praktischen Umsetzung und damit zur Arbeitsweise des Expert*innen-Pools.

FDP, Cinéville, GB, GFL und proton bemerken, dass der Vorschlag leider erst skizziert sei, und sie gerne mehr dazu erfahren hätten, wie die neue Förderpraxis praktisch und organisatorisch ablaufen soll.

Theater Szene und Vis-à-vis stellen die Frage, ob künftig der geplante Expert*innen-Pool als Gesamtheit die Gesuche beurteilt, oder aber einzelne Expert*innen aus dem Pool von Fall zu Fall mit ihrer Expertise der Kulturabteilung bei der Erarbeitung von Entscheiden zur Seite stehen sollen. Fabelfabrik fragt, ob es verschiedene, interdisziplinär zusammengesetzte Kommissionen geben werde, die sich nach einer bestimmten Zeit jeweils ablösen.

proton möchte wissen, wie inhaltliche Kriterien und ein breit abgestütztes Wissen von Expert*innen trotzdem gewährleistet werden können. Kunsthalle und Schlachthaus fragen sich, nach welchem System die Kommission arbeitet, wie genau der Prozess der Evaluation der Gesuche vonstattengehen soll, wie Vergleichbarkeit hergestellt wird und wer entscheidet.

Konkurrenz der Sparten

BETA, BKG, Kollektiv, SP, visarte und eine Einzelperson befürchten, dass mit der gemeinsamen Beurteilung aller kulturellen Projekte nicht vergleichbare Projekte in Entscheidungsprozessen miteinander in Konkurrenz gestellt werden und damit Nischenprojekte oder weniger zugängliche Kunstformen marginalisiert werden. Das Schlachthaus Theater fragt, wie sichergestellt wird, dass

die Projekte von den jeweiligen Spartenexpert*innen beurteilt werden und keine Grabenkämpfe zwischen den Sparten entstehen.

Eine Einzelperson schreibt, dass Vertreter*innen in einem Expert*innen-Pool nicht anders können, als für ihre Sparte zu «weibeln» und dies führe unweigerlich zum genauen Gegenteil dessen, was angestrebt werde: nämlich jedeR gegen jedeN und nicht ein Plus an Diversität oder Fairness.

Vis-à-vis empfiehlt in Zukunft noch stärker darauf zu achten, dass Expert*innen, welche «branchenfremde» Gesuche beurteilen, sich nicht als Kämpfer*innen für ihre Herkunftssparte, sondern als Botschafter*innen eines umfassenden Kulturverständnisses verstehen und verhalten.

Förderkriterien Die FDP begrüsst explizit, dass es künftig nur noch einen konsolidierten und transparenten Kriterienkatalog geben wird.

BETA ist besorgt darüber, dass einheitliche Förderkriterien und -instrumente weniger gut auf die spezifischen Bedürfnisse einzelner Kunstformen abgestimmt sind.

Kollektiv und visarte schreiben, dass der Gemeinderat seinen Qualitätsbegriff überdenken und offenlegen muss, nach welchen Kriterien gefördert wird. Aktuell bestehe keine schlüssige Diskussionsgrundlage, weil kein Merkblatt mit Kriterien ausformuliert wurde. Eine Beurteilung nach Publikumszahlen lehnen Kollektiv und visarte entschieden ab, weil Qualität nicht mit Quantität gleichgesetzt werden dürfe.

Zeitplan Die Kunsthalle begrüsst grundsätzlich eine Aufweichung der Sparten. Sie rät aber dringend dazu, die Spartenkommissionen jetzt nicht aufzuheben, sondern ein Entwicklungsprojekt zu starten, in dem die mögliche Aufhebung diskutiert, entwickelt und evaluiert wird und damit abschätzbar wird, welche Auswirkungen eine solche Reform hat.

Das Kollektiv sieht keinen Grund, warum man die kritischen Punkte nicht in Ruhe mit den Betroffenen gemeinsam diskutiert und ausarbeitet und, wenn von allen gewünscht, die neue Förderstruktur auf die Kulturbotschaft 2028-2032 verlegt.

BeJazz wünscht, dass unbedingt ein konkreter, detaillierter Umsetzungsvorschlag präsentiert und zur Vernehmlassung vorgelegt wird, bevor der Systemwechsel beschlossen wird.

Monitoring GB, Schlachthaus Theater, SP, GFL und Theater Szene wünschen eine Überprüfung, in welche Sparten die Gelder fließen. Das GB meint, es brauche ein transparentes Monitoring, das neben weiteren Kriterien die «alte» Spartenlogik immer noch abbildet, die SP wünscht sich während einer Übergangszeit eine statistische Erhebung. Daraus könnten Schlüsse gezogen werden, welche Folgen die Systemveränderung für die Förderung der verschiedenen Sparten hat und ob damit die Forderung nach sozialer Sicherheit der Kulturschaffenden sowie nach Qualität und Innovation des kulturellen Schaffens tatsächlich nachhaltig erreicht werden kann.

Ablehnung	<p>BeJazz, Bernische Kunstgesellschaft, Kollektiv, visarte und zwei Einzelpersonen lehnen die Aufhebung der Spartenkommissionen ab.</p> <p>Die Repräsentant*innen der visuellen Kunst weisen darauf hin, dass es der Expertise bedarf, um diverse Ansätze in einem Fachgebiet beurteilen und fördern zu können und einer Kenntnis von künstlerischen Traditionen und der lokalen Kulturlandschaft bedürfe, um mit diesen kritisch umzugehen.</p> <p>Visarte schreibt, die vorgeschlagene Systemänderung sei nicht zwingend, nicht zielführend und gefährde unnötig die Vielseitigkeit, die Prosperität und Qualität der Kunstszene.</p> <p>Das Kollektiv widerspricht der Einschätzung "Kultur passe sich den Schablonen der Förderung an".</p> <p>Eine Einzelperson hält fest, dass jedes Gesuch von Kulturschaffenden immer auf die jeweiligen Schwerpunkte des Geldgebers oder die Vorlieben der Jurys formuliert werde. Eine Superkommission sei entweder zu gross oder fachlich schlicht nicht kompetent genug. Es drohe eine Verwässerung.</p> <p>Eine Einzelperson schreibt, sie empfinde die Abschaffung der Fachkommissionen auch als Umgehung eines bewährten demokratischen Prozesses.</p>
Alternative: zusätzlicher Förderkredit	<p>BeJazz, Kollektiv und visarte unterstützen alternativ einen Förderpool, der explizit für interdisziplinäre Projekte bereitsteht und somit keine Initiativen von der Möglichkeit ausgeschlossen werden, Beiträge zu erhalten.</p> <p>Eine Einzelperson bemerkt, dass spartenübergreifende Projekte (trotz des Schwerpunktes, den einige Hochschulen in dieser Disziplin setzen) nach wie vor die Minderheit der Eingaben ausmachen. Man müsse eine neue Lösung für die Minorität finden und nicht die bestehende Mehrheits-Lösung verschlechtern.</p>
Diverses	<p>GB, t. Bern und Vis-à-vis wünschen sich, dass die Gesuchstellenden angeben können, welche Fachkompetenzen über ihr Dossier befinden sollen.</p> <p>pakt weist darauf hin, dass mit der gesellschaftlichen Perspektive auf die Kulturförderung die Expertise nicht verloren gehen dürfe und entsprechende Aufwendungen (Einbezug von Expert*innen in die Projektprüfung) professionell zu honorieren sind.</p> <p>Die GLP stellt fest, dass sich die Stadt im Rahmen dieser Neuerungen Gedanken zur Sitzungsgeldentschädigung machen und eine entsprechende Reglementsänderung vornehmen muss. Sie vermisst Informationen darüber, wie der Gemeinderat diese Finanzierung sicherstellen möchte.</p> <p>GB und SP weisen darauf hin, dass die Bedenken aus der Berner Kunst- und Kulturszene ernst genommen und die weitere Ausgestaltung im Dialog mit den Kulturschaffenden erarbeitet werden müsse.</p>

Weitere Förderkredite

Schwerpunkt- punkt-kredit	<p>BKD und GLP begrüßen, dass mit dem Schwerpunktkredit für die Umsetzung der Schwerpunktthemen Mittel zur Verfügung stehen. Die BKD weist darauf hin, dass die eigenständige inhaltliche Bestimmung der Akzente zugleich bedeutet, dass die Finanzierung in der Regel nicht an subsidiäre Beiträge seitens kantonaler Kulturförderung geknüpft werden kann.</p> <p>FDP und GB erschliesst sich der Zweck dieses Kredites nicht. Laut FDP soll er zur Hälfte in den Kredit «Projekt- und Programmförderung» transferiert und zur Hälfte eingespart werden. Das GB möchte den dafür vorgesehenen Betrag vollumfänglich in den Kredit «Projekt- und Programmförderung» transferieren.</p> <p>GFL und pakt fragen, wer über die Vergabe beschliesst. pakt möchte zusätzlich wissen, ob hier ein politisches Programm gefördert wird.</p>
Infrastruktur- kredit	<p>Kulturbüro, t. Bern, visarte und zwei Einzelpersonen begrüßen, dass initiative Netzwerke und Dienstleistungsprojekte unterstützt werden, die Wissen niederschwellig vermitteln und/oder zur Verfügung stellen.</p> <p>pakt begrüsst den Kredit, weil er die Nachhaltigkeit von kultureller Infrastruktur stützt.</p> <p>t. Bern weist auf die Dringlichkeit hin, dass die Berner Kultur und die Bevölkerung (auch) in Zukunft eine vollständige, ansprechende Veranstaltungsagenda brauche, welche ebenfalls über den Infrastrukturkredit unterstützt werden kann.</p>
Breitenkul- tur	<p>Das Grüne Bündnis begrüsst, dass auch Breitenkultur unterstützt wird.</p> <p>Die EVP wünscht sich keine zu starke Konzentration auf das professionelle Kulturschaffen, sondern erachtet vielmehr auch die Unterstützung von Laienkultur als wichtig. Mit kleinen Beiträgen könne viel erreicht werden, was zu einer kulturellen Vielfalt beitragen könne.</p> <p>Der Gabrieli-Chor Bern erachtet die zur Verfügung stehende Summe als deutlich zu niedrig. Die pauschalen Beiträge seien zu gering, mit diesen könne man nicht mehr mit professionellen Kulturschaffenden zusammenarbeiten.</p> <p>Die GFL erachtet es als unklar, wer über die Vergabe dieses Kredites beschliesse.</p>
Kredit Stadtent- wicklung durch Kultur	<p>StadtLand stellt fest, dass die Auseinandersetzung mit der eigenen Stadt ein Anliegen der Bevölkerung ist. Daher scheine der Kredit «Stadtentwicklung durch Kultur» sehr wichtig, er sei aber zu tief gehalten.</p> <p>Die Mitte erachtet das «Sonderkässeli» des Stadtpräsidenten als ein Relikt aus alten Zeiten und schlägt eine Kürzung um 40'000 Franken vor.</p> <p>FDP und GB erschliesst sich der Zweck dieses Kredites nicht. Laut FDP soll er zur Hälfte in den Kredit «Projekt- und Programmförderung» transferiert und zur Hälfte eingespart werden. Das GB möchte den dafür vorgesehenen Betrag vollumfänglich in den Kredit «Projekt- und Programmförderung» transferieren.</p>

pakt fragt, wer diesen Kredit vererbe und ob hier ein politisches Programm gefördert werde.

Orchesterförderung

- Zustimmung** Die geplante Förderung von professionellen Orchestern wird von SP, GLP, EVP und GB sowie von den potenziell betroffenen Ensembles «Les Passions de l'Âme» und «ensemble proton» sowie dazugehörigen Freundeskreisen grundsätzlich begrüsst. Sie schaffe Transparenz und Fairness und fördere Innovation. Zudem werde geschätzt, dass die entsprechende Motion aus dem Stadtrat schnell umgesetzt werde.
- Vorbehalt fehlende Mittel** Die SP befürchtet jedoch, dass bei Einhalten der vertraglichen Richtgagen, aufgrund der limitierten Fördermittel, die Vielfalt der Orchesterförderung gefährdet werde. Das GB und die potenziell betroffenen Ensembles kritisieren, dass die vorgesehene (tiefe) Kredithöhe den genannten Zielen widerspreche.
- Umsetzung** Die EVP und die potenziell betroffenen Ensembles kritisieren die noch zu wenig definierte Ausgestaltung und Umsetzung der Förderung.
Die EVP meint, eventuell sei der Zeitplan aus diesem Grund zu ambitioniert.
- Geltungsbe- reich** Das Grüne Bündnis schreibt, es sei nicht nachvollziehbar, wieso das Berner Kammerorchester keinen tripartiten Leistungsvertrag mehr erhalten solle, die Camerata Bern und das Swiss Jazz Orchestra hingegen schon.
- Diverses** Von den Orchestern wie auch von einer Einzelperson wird bedauert, dass Orchester mit Leistungsvertrag nicht von diesem Fachgremium geprüft werden sollen.

Leistungsverträge

- Allgemein** FDP und GLP äussern sich erst in der dafür vorgesehenen Debatte im Stadtrat und erwarten, dass dann die nötigen Informationen für eine Abwägung vorliegen.
Das GB begrüsst die Erhöhung der Beiträge für die unterfinanzierten Häuser.
Die Kommission Kultur RKBM ist mit den beantragten Betriebsbeiträgen der tri- resp. quadripartit finanzierten Kulturinstitutionen von mindestens regionaler Bedeutung einverstanden.
Alps, MfK, Museen Bern und Museumsquartier halten die vorgesehenen Kürzungen bei einzelnen Museen nicht für nachhaltig und deren Begründungen nicht für stringent. Sie ersuchen die Stadt Bern dringend, die teils einschneidenden Kürzungen zurückzunehmen.

bekult beurteilt die Erhöhungen und Kürzungen bei den Leistungsbeiträgen als willkürlich, die Begründungen der jeweiligen Erhöhungen oder Kürzungen als konstruiert und gesucht.

Eine Einzelperson findet es im Grundsatz falsch, dass nach möglicherweise bald überstandener Pandemie, während einer enorm ansteigenden Inflation, aber auch steigenden Ansprüchen an uns – hinsichtlich wichtiger Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität und Relevanz – Bühnen Bern und auch anderen Kultureinrichtungen, Subventionen gekürzt werden.

Bühnen
Bern

Die Mitte spricht sich gegen eine Kürzung der Beiträge aus. Die Stadt sollte sich fragen, ob Bern überhaupt ein Mehrspartenhaus braucht. Das wäre eine transparente und vielleicht bereits überfällige Diskussion. Aber solange sie eins hat, solle sie ihm Sorge tragen.

Die GFL wünscht, dass die Kürzungen nicht zu Lasten der Bühnenkünstler*innen erfolgen. Dies sei vertraglich festzuhalten.

Aus Sicht des GB sind die Kürzungen in Ordnung, so lange die Institution nicht bereit ist, die Löhne der Geschäftsleitung transparent zu machen. In diesem Zusammenhang sei die Stadt gefordert, darauf zu schauen, dass die Kürzungen nicht zu Lasten der anderen Lohnabhängigen führen.

Auch t. Bern fordert Lohntransparenz bei Bühnen Bern. Die Stadt sei hier in der Pflicht, diese Transparenz einzufordern.

Die Geschäftsleitung von Bühnen Bern stellt fest, dass Bühnen Bern gegenwärtig nicht nur einer galoppierenden Teuerung in allen Bereichen begegnet, sondern einer unausweichlichen Lohnerhöhung des technischen Personals und der Mitglieder des Symphonieorchesters. Inklusive der zusätzlichen Kosten, die mit den Massnahmen zur Steigerung der Nachhaltigkeit, der Inklusion und auch einer zeitgemässen Digitalisierung verbunden sein werden, bedeute die jährliche Minderung des Budgets eben nicht nur ein Prozent, sondern in der Summe die sehr beträchtliche Budgetkürzung von mehr als anderthalb Millionen Franken. Bühnen Bern werde sich als Betrieb selbstverständlich kooperativ und partnerschaftlich zu den Entscheidungen des Gemeinderats verhalten und je nach Ergebnis des politischen Prozesses nach adäquaten Lösungen für diese einschneidende Reduktion des Budgets suchen. Auch wollen sie weiterhin alle Möglichkeiten ausschöpfen, zusätzliche private Quellen zu erschliessen. Es sei jedoch wichtig, klar zu äussern, was die Kompensation dieser Summe unvermeidlich bedeuten werde: Eine erhebliche Reduktion des Personalbestandes und gleichzeitig auch des Angebots in allen Sparten. Die Geschäftsleitung bittet daher eindringlich, die anvisierte Finanzplanung erneut zu überdenken.

Aus der Belegschaft von Bühnen Bern melden sich acht Einzelstimmen. Zusammenfassend weisen die Personen darauf hin, dass die Lohnangleichung massiv hinterherhinke. In den letzten drei Jahrzehnten habe für das technische Personal lediglich eine Reallohnerhöhung von insgesamt zwei Prozent und für das Orchester überhaupt keine ausgerichtet werden können. Ausserdem sei die Aufgabe des Theaters nicht nur Kultur in Form von Produktionen

auf der Bühne zu zeigen, sondern auch die verschiedenen Handwerke am Leben zu erhalten. Bühnen Bern sei ein Hort von kulturell bedeutungsvollem und spezialisiertem Handwerk wie Schneiderei, Kostümbild, Bühnenbild, Maske sowie von künstlerischen Berufen wie u.a. Schauspiel, Gesang und Musik. Auch dieser Aspekt zähle zu kultureller Nachhaltigkeit. Durch einen Abbau würde viel Wissen verloren gehen, die Berufsbilder würden einschneidend geschwächt und vernachlässigt.

Bernisches
Historisches
Museum

Die GFL ist verwundert über die Begründung der Kürzung wegen Sanierungsmassnahmen und wünscht eine Erläuterung, was die Zusatzvereinbarung beinhaltet.

Die Burgergemeinde findet es unverständlich, dass die Stadt als Stiftungsträgerin eine eigene Institution abstrahlt. Die Stadt stelle damit indirekt auch das Museumsquartier infrage, das von allen beteiligten Institutionen ein besonderes Engagement erfordere und zuvorderst der Kulturstadt Bern diene. Die Burgergemeinde stellt fest, dass das auch von Kanton und Burgergemeinde getragene Bernische Historische Museum wegen des Multiplikatoreffekts überdurchschnittlich von den städtischen Sparmassnahmen betroffen ist.

Der MQB und Museen Bern finden es zumindest fraglich, ob es im Sinn einer Förderstrategie sein könne, starke Institutionen mit grosser Ausstrahlung und, insbesondere wie im Falle des BHM, mit auch stadtseitig gewünschtem Ausbau sowie mit intensiver Mitarbeit im Museumsquartier Bern, mit der Kürzung von Mitteln wieder zu bremsen. Besonders irritierend und unverständlich sei, dass die Stadt rund. 90'000 Franken einsparen wolle, das BHM aber wegen der reglementarischen vorgesehenen Mitfinanzierung durch Kanton, Burgergemeinde und RKBM von einer einschneidenden Kürzung im Umfang von rund. 235'000 Franken betroffen ist, obwohl die anderen Finanzierer*innen keine Einsparungen angestrebt haben.

QUAV4 bittet darum, die Kürzung des Bernischen Historischen Museums wegen der tripartiten Finanzierung zu hinterfragen.

Die Stiftung BHM beantragt dem Gemeinderat Bern angesichts der seit mehr als 10 Jahren ungelösten strukturellen Unterfinanzierung, der vergleichsweise moderaten Subventionserhöhung über die vergangenen 12 Jahre von 4 Prozent und der dargelegten negativen Auswirkungen einer Beitragsreduktion auf diese Kürzung zu verzichten.

Haus der
Religionen

Christkatholische Kirche St. Peter und Paul, EVP, GB, Herrnhuter Sozietät, Katholische Kirche Region Bern, Mitte, Museen Bern, Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn und SP sprechen sich gegen eine Kürzung der Beiträge an das Haus der Religionen aus.

Der EVP ist es ein grosses Anliegen, dass auch Menschen aus anderen Regionen der Welt, die bei uns zuhause sind, ihre Kultur, die immer auch sehr stark mit ihrer Religion verknüpft ist, ausleben dürfen. Die EVP wünscht sich, dass das Haus der Religionen als wichtiger Teil des Berner Kulturlebens, auf den wir stolz sein können, und nicht als Fremdkörper wahrgenommen wird.

Das GB weist darauf hin, dass die Institution im interkulturellen Bereich wichtige Arbeit leistet. Gerade mit einem breiten Kulturbegriff und der Zielsetzung, dass Kultur einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen soll, sei die Kürzung nicht vertretbar.

Für die SP ist das Haus der Religionen gerade in den Bereichen kultureller Teilhabe und Diversität ein Vorzeigeprojekt mit Ausstrahlung weit über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus. Die Kürzung würde das Projekt, das sich im Aufbau befindet, empfindlich treffen. Die SP weist zudem drauf hin, dass sich hier exemplarisch zeige, wie inklusive Kulturprojekte an der Schnittstelle zwischen sozialem und kulturellem Engagement zwischen den unterschiedlichen Förderkriterien im Kultur- und Sozialbereich manövrieren müssen. Hier sei die städtische Kulturförderung mit Blick auf zukünftige diverse und inklusive Projekte gefordert, innerhalb der Verwaltung nach kreativen Lösungen und neuen Zusammenarbeiten zwischen den Direktionen PRD und BSS zu suchen.

Die Katholische Kirche Region Bern weist darauf hin, dass im Haus der Religionen unzählige Jugend-, Integrations- und Partizipationsprojekte stattfinden, die einen einfachen und niederschweligen Zugang zur Kultur ermöglichen.

Aus Sicht der Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn ist das Haus der Religionen eines der wichtigsten kulturellen und sozialen Entwicklungsprojekte in der Stadt Bern. Der Verein «Haus der Religionen – Dialog der Kulturen» pflege seit Beginn ein Verständnis des interreligiösen Dialogs und der interreligiösen Zusammenarbeit, das sich an den Bedürfnissen der migrierten Bevölkerung, marginalisierter Gruppen und einer multikulturellen Gesellschaft orientiere. In diesem «Dialog des Lebens» werde Kultur als Strategie verstanden, die Teil der Bewältigung des Alltags und der Überwindung grundlegender Probleme des Zusammenlebens. Dank dem grossen Erfolg strahle diese Erfahrung lokal, regional und sogar international aus. Dass der Verein seine anspruchsvolle Aufgabe mit sehr moderat verfügbaren Mitteln und freiwilligem Einsatz einer grossen Community erfülle, sei unbestritten. Auf eine Kürzung des Beitrags sei im Hinblick auf eine stabile, sozial verantwortliche und nachhaltige Finanzierung des Vereins zu verzichten.

Die Piratenpartei und die Freidenkenden Region Bern sprechen sich dafür aus, den Beitrag ans Haus der Religionen komplett zu streichen. Ein Aufwand für kulturelle Leistungen gemäss Leistungsvertrag über die bezahlten 300'000 Franken sei aus den Jahresrechnungen absolut nicht erkennbar. Religion sei nicht per se Kultur und "Dialog der Kulturen" bedeute auch nicht, dass "Kulturelles" geleistet werde.

Robert
Walser Stif-
tung

BKG, Burgergemeinde Bern, Mitte, Museen Bern und SP sprechen sich gegen eine Kürzung der Beiträge an die Robert Walser Stiftung aus.

BKG, Mitte, Museen Bern und SP weisen darauf hin, dass sich die Stadt Bern im Rahmen des Berner Modells verpflichtet habe, die Robert Walser-Stiftung langfristig zu unterstützen und so deren Arbeit sicherzustellen. Mit einer Kürzung würden die anderen Partner*innen des «Berner Modells» (Burgergemeinde Bern, Berner Kantonalbank, Kanton Bern und Schweizerische

Nationalbibliothek) vor den Kopf gestossen. Zudem sei mit den geplanten Kürzungen der Fortbestand des Zentrums in seiner bisherigen Form gefährdet, die bisherigen Leistungen und Aufgaben könnten nicht aufrechterhalten werden.

Für die Burgergemeinde entspricht die einseitige Vorgehensweise der Stadt Bern nicht dem Geist der ursprünglichen partnerschaftlichen Vereinbarung.

Aus Sicht der BKD müsste eine Kürzung des Beitrags an das Robert Walser-Stiftung unter den Partner*innen des «Berner Modells» und mit der Trägerschaft sorgfältig abgesprochen sein.

Die Robert Walser-Stiftung Bern beantragt für 2024-2027 den gleichen Beitrag wie für die vorangehenden Jahre und weist darauf hin, dass die Kürzung die 2008 getroffene Vereinbarung zur langfristigen Finanzierung des Robert Walser-Zentrums verletzt und die anderen Partner*innen des Berner Modells (Burgergemeinde Bern, Berner Kantonalbank, Kanton Bern, Stadt Biel und Schweizerische Nationalbibliothek) vor den Kopf stösst. Sie schreibt, dass mit einem auf 50'000 Franken halbierten städtischen Jahresbeitrag die bisherigen Leistungen und Aufgaben des Robert Walser-Zentrums nicht aufrechterhalten werden können.

auawirleben Die Mitte möchten den Beitrag an das Theaterfestival auawirleben um 250'000 Franken kürzen.

Dampfzentrale pakt und proton und eine Einzelperson sind gegen eine Kürzung der Subventionen für die ausgesprochen divers und zeitgenössisch aufgestellte Dampfzentrale. pakt befürchtet, dass mit der Kürzung bei der Dampfzentrale die Mittel für zeitgenössische Musik stillschweigend gestrichen und nicht umgelagert werden. proton weist darauf hin, dass mit dieser Reduktion einer ihrer wichtigsten Kooperations-Partner*innen in der Stadt Bern geschwächt wird.

t. Bern sieht die Kürzung bei der Dampfzentrale kritisch. Die Dampfzentrale sei auch für Theaterschaffende ein wesentlicher Player.

Die Dampfzentrale ist der Auffassung, dass der fehlende Investitionswille des Gemeinderats in die Institution Dampfzentrale empfindliche Folgen für die Kulturstadt Bern haben wird, die den kulturförderpolitischen Zielen entgegenlaufen. Die Dampfzentrale hat grosse Zweifel, dass sie und die anderen betroffenen Kulturinstitutionen die zusätzlich geforderten Ziele erfüllen können, ohne dass dafür zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Dampfzentrale fordert daher den Gemeinderat dringend auf, auf sämtliche Einsparungen im Bereich der kulturellen Förderung, einschliesslich jener bei der Dampfzentrale, zu verzichten.

Einsteinhaus MfK, Museen Bern und MQB verstehen nicht, weshalb dem Einsteinhaus die Hälfte der Subvention gestrichen werden soll. Subventionen dort zu streichen, wo gute Arbeit geleistet wird, setze falsche Signale.

Grosse Halle FDP und Mitte sprechen sich gegen die Erhöhung der Beiträge an die Grosse Halle aus.

Die Mitte sieht nicht ein, warum der bereits substanzielle Subventionsvertrag von 260'000 Franken erneut erhöht werde. Die Begründung, ein Ausbau des Angebots sei nun durch die Sanierung möglich, findet die Mitte absurd. Ausserdem habe die Stadt bereits die Sanierung vollumfänglich bezahlt. Das sei ein Standortvorteil, den andere Kulturveranstalter*innen nicht haben. Der Betrag der Förderung solle gleich bleiben wie in der jetzigen Periode.

- Kino Rex Bern für den Film, GB und Cineville sprechen sich gegen eine Kürzung der Subventionen ans Kino Rex aus. Gerade die Kinobranche befinde sich nach wie vor in einer ausgesprochen schwierigen und unabsehbaren Situation.
- Bern für den Film weist darauf hin, dass das Kino Rex für die Auswertung von vielen Berner Filmen eine essenzielle Plattform ist und mit vielen Sonderveranstaltungen einen wertvollen Beitrag zur Promotion von Berner Filmen und zur Vermittlungsarbeit leistet. Zudem sei das Kino Rex in den sieben Jahren seines Bestehens zu einem wichtigen Treffpunkt der Berner Filmszene geworden.
- Das GB findet, dass eher eine Erweiterung der Förderung der Programmkinos ins Auge gefasst werden sollte.
- Kunsthalle Für die EVP ist nicht nachvollziehbar, warum der Kunsthalle eine Erhöhung der Subvention gewährt werden soll.
- La Capella Eine Einzelstimme spricht sich dafür aus, dem La Capella die Beiträge zu kürzen.
- Lichtspiel Bern für den Film begrüsst, dass die Stadt Bern die Kinemathek/Lichtspiel weiterhin mit einem vierjährigen Leistungsvertrag unterstützen will. Die Kinemathek/Lichtspiel sei als Archiv, Kompetenzzentrum und Auswertungsort ein wichtiger Standort und Partnerin für die Berner Filmbranche.
- Tojo Die Mitte spricht sich gegen die Erhöhung der Beiträge an das Tojo Theater aus. Das Tojo Theater profitiere indirekt bereits von der Unterstützung des Austragungsortes Reitschule und eine Aufstockung des Subventionsbetrags um 1/5 sei angesichts der Tatsache, dass bei der Kulturförderung insgesamt gespart werden soll, nicht nachvollziehbar.

Neue Produktgruppen

- Zustimmung FDP, GFL, GLP, Mitte, SP und eine Einzelperson unterstützen grundsätzlich die neue Aufteilung in die drei Produkte Kreative-, Plattform- und Interpretationsförderung.
- Die FDP schreibt, die Grenzen zwischen der freien und der institutionellen Förderung seien fließend, teilweise überlappend. Deshalb sei grundsätzlich verständlich, dass die Stadt einen neuen Weg suche, die Kulturförderung in Produkten zu gruppieren. Ob mit den drei neuen Produkten Kreativeförderung, Plattformförderung und Interpretationsförderung eine sinnvolle Kategorisierung gefunden wurde, wird sich in den kommenden Jahren weisen müssen.

Die GFL freut es, dass die Stadt Bern den Schritt wagt, die Kulturförderung neu zu denken. Sie werde das Projekt wohlwollend und gleichzeitig kritisch begleiten.

Die GLP erachtet die Neuerung als Chance, ein effizienteres Steuerungsinstrument für die Mittel im Kulturbereich einzuführen und die verhärteten Fronten zwischen institutioneller und freier Förderung aufzuweichen. Sie erhofft sich, dass die städtischen Finanzmittel mithilfe dieser neuen Steuerungsgrösse künftig effizienter und wirkungsvoller eingesetzt werden können.

t. Bern sieht in der neuen Aufteilung die Möglichkeit, ein besseres Abbild der Realität zu schaffen und um aufzeigen zu können, wo die Gelder wirklich eingesetzt werden. Zudem könne ein solches Instrument dazu führen, dass Grabenkämpfe abnehmen.

Kriterien Für das GB ist es nicht verständlich, wo Kreation aufhört und wo Interpretation anfängt.

Die GFL erwartet bei der Neuausrichtung maximale Transparenz darüber, nach welchen Kriterien die Stadt eine jeweilige Zuteilung vornimmt. Das Schlimmste, was dieser Neuaufteilung passieren könne, sei ein vorausseilender Vertrauensverlust wegen unklarer Abgrenzungs-Kriterien.

Für die Mitte sind die Kategorien noch zu schwammig. Die Umsetzung in der Praxis – sprich die effektive Vergabe der Fördermittel – fordere sehr klare und transparente Kriterien. Insofern fordert die Mitte mehr Klarheit in Bezug auf die Produktgruppen und mehr Information zur effektiven Vergabe, bevor der Systemwechsel erfolgt.

Für t. Bern ist die Einteilung in die neuen Produkte noch sehr abstrakt. Die angewandten Kriterien seien intransparent und eine Selbstdeklaration erachtet t. Bern als schwierig,

Förderung der freien Kulturszene Die FDP findet es wünschenswert, dass sich die grossen Kulturhäuser der Stadt vermehrt auch für Formate aus der freien Kulturszene öffnen würden.

Die SP schreibt, die neue Aufteilung in die drei Produkte könne eine teilweise differenziertere Abbildung der Verwendung der Mittel ermöglichen. Allerdings erfülle eine blosser Umdeutung der Förderbeiträge die notwendige und mehrfach in Planungserklärungen und Vorstössen vorgebrachte Forderung, die freie Kulturszene besser zu fördern, keineswegs.

Die GFL wird kritisch darauf achten, dass der freien Szene mehr Mittel zustehen. Sie werde genau hinsehen, ob diese «Steigerung nach altem Verständnis» im Neuen irgendwie sichtbar werde.

Die GLP hofft, dass mehr Kulturinstitutionen eine Plattform und Kollaborationsmöglichkeiten für die freie Szene bieten.

Begleitende Massnahmen Die SP fordert den Gemeinderat auf, die Neuaufteilung mindestens mit konkreten Massnahmen zur Veränderung der Situation zu begleiten. Beispielsweise könnte die Kurationsförderung an Institutionen zur Förderung und

Begleitung von Berner Künstler*innen und Gruppen an den jeweiligen Häusern zweckgebunden erfolgen,

- Kreation bei der Museumsarbeit Alps, BHM, MfK, MQB und Museen Bern weisen darauf hin, dass - ohne die Bedeutung der Interpretationsförderung schmälern zu wollen – die zeitgenössische Museumsarbeit längst nicht mehr nur auf die Neuinterpretationen bestehender Objekte bzw. die Initiative, das kulturelle Erbe zu sammeln, zu bewahren und innovativ zu vermitteln reduziert werden kann. Tatsächlich sind Museen Auftraggeber von künstlerischen Kreationen, neuen hybriden Formaten, Veranstaltungen und Kulturvermittlungsformen. Deshalb sollten auch Museumsproduktionen beim Produkt «Kreation» Eingang finden und in diesem Sinne explizit aufgeführt werden. In diesem Sinne sei der Beitrag ans BHM neu auf alle Produkte aufzuteilen.
- Ablehnung Für das GB ist bei den neuen Produktgruppen nicht ersichtlich, wie viel Geld der freien Kulturproduktion zugutekommt und wie viel Geld durch Leistungsverträge gebunden ist. Dies müsse aber nachvollziehbar sein, damit geprüft werden kann, ob die freien Kulturgruppen den vorgesehenen Anteil bekommen. Deshalb seien die drei Produkte keine geeigneten Instrumente zur Kulturförderung.

Diverses

- Abstimmung mit anderen Förderstellen Kollektiv, Museen Bern und MQB vermissen Hinweise, wie die vorgeschlagenen Schwerpunkte und Förderinstrumente mit den übrigen öffentlichen und privaten Playern der Förderung (Bund, Kanton, Burgergemeinde, Dritte) abgestimmt sind.
- Altstadt Nach Ansicht von Vis-à-vis sollte ein Schwerpunkt in der Stadt Bern der Erhalt einer lebendigen, lebenswerten und gut durchmischten (Alt-)Stadt sein. Es sei wichtig, dass die Berner Altstadt ein lebendiges Pflaster für viele Formen der Kulturproduktion und -darbietung bleibt.
- Beiträge der Landeskirchen Die Christkatholische Kirchgemeinde Bern vermisst eine Erwähnung der Beiträge der Landeskirchen und ihrer Kirchgemeinden und Pfarreien an die Kultur, obwohl es sich um öffentlich-rechtliche Körperschaften handelt.
- Club- und Barförderung Die GLP möchte anregen, innerhalb der bestehenden Mittel auch eine Förderung der Clubs- und Bars, welche ein kuratiertes Programm anbieten, mitzubedenken. Dies sei in Basel und Zürich bereits heute der Fall, in Bern aktuell aber noch nicht angedacht.
- Kinder- und Jugendkultur Das GB findet es irritierend, dass Kinder- und Jugendkulturförderung nach wie vor nicht Teil der Kulturbotschaft ist.
- t. Bern fragt, welchen Stellenwert der Kultur für Kinder und Jugendliche eingeräumt wird. Dies werde nirgends explizit erwähnt.
- Theater Szene wünscht, dass Förderkriterien für Projekte für Kinderpublikum in der Kulturbotschaft separat benannt werden, damit die Bedürfnisse von Kindern nicht vernachlässigt werden. Die Stadt Bern solle mehr Geld in Kultur für

	Kinder investieren, insbesondere im Bereich der Darstellende Künste, und diesen Betrag explizit deklarieren.
Kulturagenda	Das GB fände es zielführend, wenn die Stadt baldmöglichst eine aktive Rolle bei der Kulturagenda übernimmt, um die Veranstalter*innen darin zu begleiten, eine nachhaltige Anschlusslösung an die heutige BKA zu erarbeiten. Die Stadt habe sowohl kultur- wie auch medienpolitisch ein grosses Interesse, das von der Stadt geförderte Kulturschaffen dem Publikum auch zugänglich zu machen.
Kulturbüro	Das GB schlägt vor, längerfristig einen Leistungsvertrag mit dem Kulturbüro ins Auge zu fassen. Dieses sei durch den Teilrückzug des Migros Kulturprozentes gefährdet. Die Dienstleistungen des Kulturbüros seien für eine Vielzahl von Künstler*innen notwendig.
Kulturstrategie	<p>bekult, BHM und Museen Bern finden, dass in der Halbzeit der städtischen Kulturstrategie 2017-2028 eine Zwischenbilanz angezeigt gewesen wäre. Sie erwarten Antworten auf die Frage was warum verstärkt, neugedacht oder fallengelassen werden soll.</p> <p>Die Dampfzentrale stellt fest, dass das in der Kulturstrategie entworfene Verständnis von Kulturförderung als Querschnittsaufgabe der verschiedenen Direktionen der Verwaltung faktisch als gescheitert bezeichnet werden muss. Dieses Verständnis funktioniere auf Basis der Vorstellung, dass jede Verwaltungseinheit in Kultur investiert. Diese Investitionen seitens der Direktionen (z.B. Gebäudesanierungen, grössere Investitionen) konnten nicht eingefordert werden und bilden nun eine Lücke im Grundverständnis der städtischen Kulturförderung.</p>
Kunstplätze	Der QUAV4 bedauert, dass die Kunstplätze, die temporäre «Kunst in die Quartiere der Stadt Bern» bringen sollte, nicht mehr erwähnt sind und Tatsa plädiert für eine Wiederaufnahme des Projekts.
Kunstsammlung	Die GFL stellt die Frage, ob man den reichhaltigen Fundus der Kunstsammlung nicht für Schulen öffnen könnte.
Kürzungen bei schwieriger Finanzlage	Cinéville, Dampfzentrale und Kunsthalle fordern den Gemeinderat auf, die in den Entwürfen der neuen Leistungsverträge eingesetzte Klausel, wonach der Gemeinderat die Förderbeiträge an die Institutionen bei einer schwierigen Finanzlage der Stadt kürzen kann, ersatzlos zu streichen. Mit dieser neuen Regelung schaffe der Gemeinderat enorme Rechtsunsicherheit und widerspreche fundamental dem Ziel und Zweck der Förderung von kulturellen Institutionen, die stark vorausschauend planen und finanzieren müssen.
Museumsquartier	<p>bekult, BKD, Bürgergemeinde und MQB sind erstaunt, dass das ambitionierte und wichtige Projekt Museumsquartier in der Kulturbotschaft keine Erwähnung findet. MQB spricht sich dafür aus, dass das Museumsquartier Bern als ein «kulturpolitischer Schwerpunkt» der Stadt Bern genannt wird.</p> <p>Die Bürgergemeinde schreibt, dass gerade die kommende Finanzierungsperiode für das Gelingen des Museumsquartiers entscheidend sein wird. Das Museumsquartier sei ein wichtiges Projekt für den urbanen Raum, aber auch für den gesamten Kultur- und Tourismuskanton. Sie geht davon aus, dass die</p>

Stadt Bern auch nach Abschluss der Aufbauphase treibende Partnerin des Vorhabens bleiben und sich dafür engagieren wird.

MfK und MQB vermissen die Perspektiven für eine projektbezogene und mittelfristig wiederkehrende Förderung des MQB. Der MQB wünscht sich mit Blick auf Transparenz und Planungssicherheit, dass in der Kulturbotschaft offengelegt wird, über welchen Förderkredit die Stadt das Museumsquartier Bern als ganzheitliches Konstrukt (und nicht im Rahmen von Einzelprojekten) in dieser Übergangsphase finanziert.

- Museumsstadt Im Zusammenhang mit der fehlenden Strategie vermissen Alps, bekult, BHM, MfK, MQB und Museen Bern ein Bekenntnis zur Museumsstadt Bern. Obwohl hier grosse Projekte anstünden (Kunstmuseum, Museumsquartier, Sanierung BHM, Neubau Alps), gebe es keinen Hinweis, dass dieser Kulturcluster in den Jahren 2024-2027 ein prioritäres Entwicklungsziel für die Stadtkultur und die Kulturförderung darstelle. Das Bekenntnis der Standortgemeinde zu diesen grossen Entwicklungsschritten der Museumstadt Bern sei insbesondere gegenüber privaten Geldgeber*innen von eminenter Bedeutung und relevant für die langfristige Verbesserung des Fundraisingpotenzials im Grossraum Bern.
- Zusammenarbeit Stadt-Kanton Die BKD schreibt, dass die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton im täglichen Kulturförderungsgeschäft sowie bei der komplexen Aushandlung der tri- und quadripartiten Leistungsverträge mit Kulturinstitutionen in der Stadt Bern eine Erwähnung wert wäre.